

Interview
30. März 2022

Silvia Engels im Gespräch mit Sven Schulze, CDU, Agrarminister von Sachsen-Anhalt und Vorsitzender der Agrarministerkonferenz

Silvia Engels: Guten Morgen, Herr Schulze!

Sven Schulze: Ja, guten Morgen hier aus Magdeburg!

Engels: Sie haben sich dafür ausgesprochen, zeitweise Flächen für die Landwirtschaft zu nutzen, die eigentlich dem Umweltschutz vorbehalten sind – was schwebt Ihnen vor?

Schulze: Nicht nur ich hab mich dafür ausgesprochen, sondern wir haben ja in der vergangenen Woche erlebt, dass die EU-Ebene, also konkret die Europäische Kommission, genau diesen Wunsch, diese Forderung, die nicht nur von mir kommt, sondern auch von vielen anderen in Deutschland, auch entsprechend umgesetzt hat. Dass sie den Mitgliedsstaaten – nicht nur Deutschland, sondern allen Mitgliedsstaaten – jetzt die Möglichkeit einräumt, diese Brachflächen zumindest für einen kurzen Zeitraum entsprechend zu nutzen. Wir reden ja jetzt erst mal hier für das Jahr 2022, aber sicherlich wird es auch im Jahr 2023 Lösungen geben müssen. Für uns ist es dann schon verwunderlich, dass wieder einmal hier die Bundesregierung sagt, wir wollen diese Forderung beziehungsweise diese Idee aus Brüssel nicht umsetzen.

Engels: Brachflächen, sagen Sie, das sind ja oftmals ausgewiesene Rückzugsräume für Pflanzen- oder Tierarten. Wenn man Umweltschutzflächen in Ackerflächen umwandelt, sind sie meist nicht so schnell zurück zu verwandeln. Und sie haben meist zunächst auch wenig Ertrag. Macht der Ukraine-Krieg es wirklich nötig, auf Jahre hinaus solche ökologisch notwendigen Schutzräume zu verlieren?

Schulze: Ja, das ist nicht ganz richtig. Wir reden ja hier von Flächen, speziell auch vereinbart mit der neuen gemeinsamen europäischen Agrarpolitik ab 2023. Da geht es um vier Prozent der Flächen, die niemand, auch ich nicht, auf Dauer infrage stellt. Aber das sind Flächen, die kurzfristig ruhen gelassen werden, damit die Böden sich etwas auszuruhen können. Das sind aber gerade hier in der Magdeburger Börde die besten Böden Deutschlands. Die sollten wir nutzen für die Situation, die uns jetzt bevorsteht, nämlich dass 30 Prozent der Weizenerträge, der Weizenernte für die ganze Welt ausfallen werden. Niemand wird doch jetzt bei diesem Konflikt, den wir da in der Ukraine erleben, erwarten können, dass es da Ernten gibt wie in den letzten Jahren. Das trifft dann vielleicht nicht Deutschland direkt und vielleicht auch nicht Europa, aber es trifft die ärmsten Länder dieser Welt, nämlich Nordafrika im Wesentlichen. Dort wird es dann zu Hungersnöten kommen, und das sollten wir uns als reiches Europa, glaube ich, nicht entsprechend anhaften lassen. Wir müssen auch hier einen Beitrag leisten, und deshalb unterstütze ich das, was Ursula von der Leyen, was die europäische Ebene vor einigen Tagen auch vorgegeben hat.

Engels: Aber würde es da nicht auch helfen, die Verteilungsgerechtigkeit von Lebensmitteln zu erhöhen? Denn auf dem Markt ist ja genug, um die Menschen zu versorgen. Nur wird es eben zwischen den Regionen der Welt nicht gerecht genug verteilt.

Schulze: Ja, aber das ist am Ende des Tages doch eine Situation, dass Angebot und Nachfrage zuerst mal den Preis bestimmen. Das wird dazu führen, dass man sich in

Deutschland, auch wenn die Preise steigen, Nahrungsmittel weiter leisten können wird. Und da hat sicherlich Cem Özdemir und andere, die das gesagt haben, auch recht. Wir werden bei uns keine Situation erleben, dass wir eine massive Nahrungsmittelknappheit bekommen. Wir werden aber höhere Preise bekommen. Die höheren Preise kann man in Mitteleuropa dann vielleicht noch zahlen, in Afrika dann nicht mehr, und dann kommt es zu Hungersnöten. Das ist eine Situation, die man auch akzeptieren und anerkennen muss, dass wir hier handeln müssen. Deshalb sagen wir nicht, wir wollen das dauerhaft aussetzen, wir stellen uns auch nicht dauerhaft dagegen, ökologische Maßnahmen umzusetzen, aber es muss eine ergebnisoffene Diskussion zugelassen werden. Das macht die Bundesregierung aktuell nicht, indem sie sagt, wir wollen die Idee aus Brüssel, dass man Brachflächen nicht nur für Futterpflanzen, sondern auch für Nahrungsmittelproduktion nutzen kann, nicht umsetzen. Das ist aus meiner Sicht der falsche Weg, und deswegen werden wir das hier auch auf der Agrarministerkonferenz gemeinsam mit dem Bundesminister Cem Özdemir diskutieren müssen.

Engels: Sie haben es aber auch schon angesprochen, wenn man Böden jetzt ruhen lässt, geht es auch um Regeneration, dafür sind diese Brachflächen auch ausgerichtet. Und Cem Özdemir, der Landwirtschaftsminister, sagt ebenso wie die Ökoverbände: Wenn man eben Böden, Luft und Wasser nicht schützt, gefährdet das erst recht mittelfristig die Versorgungssicherheit. Ist es einfach zu kurzfristig, das gegeneinander auszuspielen?

Schulze: Nein, wir spielen das ja nicht gegeneinander aus, indem wir ganz klar sagen, wir brauchen für dieses Jahr und auch für das nächste Jahr aus unserer Sicht neue Regeln. Das heißt aber nicht, dass wir dauerhaft das, was gemeinsam auch in Brüssel vereinbart ist, infrage stellen. Es ist vollkommen richtig, dass wir uns damit beschäftigen müssen, dass wir beispielsweise in den letzten Jahren relativ wenig Regen hatten, dass wir auch in diesem Jahr wieder ein Jahr haben, wo im Moment für die Bauern in vielen Bereichen das Wasser fehlt. Aber wenn man sieht, was da in der Ukraine passiert, dass nicht nur dort im Moment Menschen Hunger leiden müssen, sondern dass die Folge sein wird, dass wir in vielen Regionen dieser Welt teurere Lebensmittel haben werden, dass wir in vielen Regionen dieser Welt Lebensmittel gar nicht mehr zur Verfügung haben werden, dann muss ein reiches Deutschland, dann muss ein reiches Europa im Verhältnis zu anderen Regionen dieser Welt auch einen Beitrag leisten. Einer dieser Beiträge muss dann sein, dass man Flächen hier nicht einfach stilllegt, sondern sagt, die müssen jetzt auch bewirtschaftet werden. Und noch mal: Es geht nicht darum, dass man irgendwelche Flächen ausschließlich jetzt nimmt, die sowieso nicht ertragreich sind. Ich verweise immer wieder auf mein Heimatland Sachsen-Anhalt: Hier werden Flächen stillgelegt, die zu den besten Flächen Deutschlands gehören, und das sollten wir uns zumindest in diesem und im nächsten Jahr nicht leisten.

Engels: Grüne und Ökoverbände haben noch ein anderes Argument genannt, das auch kurzfristig zu mehr Ertrag für genießbare Lebensmittel führen könnte, nämlich indem man die Tierfutterproduktion einfach auf den bestehenden Flächen zurückfährt. Hierzulande werden 60 Prozent der Getreideproduktion letztlich zu Tierfutter. Wäre das ein Weg?

Schulze: Ich glaube, das ist relativ einfach gedacht, dass man sagt, liebe Menschen, esst doch weniger Fleisch, dann ist dieses Problem gelöst, sollten wir weniger Tierproduktion beziehungsweise Tierhaltung in Deutschland haben. Dann wird das – das ist auch bei der Käfighaltung der Fall gewesen – woanders in Europa oder außerhalb Europas zu weit weniger Tierwohl entsprechend durchgeführt. Also man sollte sich nicht dieser Illusion ergeben, dass jedes Tier, was in Deutschland nicht gehalten wird, am Ende gar nicht existiert, sondern die werden oft mit schlechteren Tierwohlstandards außerhalb Europas dann aufgezogen. Wir haben auf der Agrarministerkonferenz auch das Thema Tierwohl, das ist mir persönlich auch sehr wichtig. Deswegen sage ich ganz klar, hier gibt es kein Ausspielen zwischen ökologischen oder Umweltmaßnahmen zulasten des Tierwohls beispielsweise oder zulasten der Lebensmittelsicherheit. Sondern hier gibt es – und das

erwarte ich auch – eine offene Diskussion. Und die muss man zulassen, ohne dass man vor der Diskussion schon klare rote Linien einzieht.

Engels: Dass man hier europäisch handeln sollte und vielleicht die Tierfutterproduktion etwas zurücknimmt, das wird Ihnen auch niemand von der grünen Seite beispielsweise, absprechen. Aber kann es ein Argument sein, diesen Weg gar nicht zu versuchen, nur weil man europäisch noch nicht so weit ist?

Schulze: Nein, das sagt ja keiner, dass man diesen Weg nicht versuchen sollte oder auch nicht gehen sollte, nur das ist ein relativ langer Weg. Wir haben doch jetzt die Aufgabe als Politik, sehr kurzfristig auf diese schlimme Situation in der Ukraine zu reagieren. Die Situation ist halt so, und da kann man auch nicht vorbeidiskutieren, dass wir massiv Ernteauffälle dort bekommen werden. Das ist halt ein Land – das ist vielen nicht bekannt gewesen in der Vergangenheit, aber den Experten schon –, was im Wesentlichen gemeinsam mit weiten Teilen Russlands auch dazu beigetragen hat, dass auf dieser Welt genügend Nahrungsmittel zur Verfügung standen. Im Wesentlichen Weizen, Mais und andere Dinge, und das müssen wir doch jetzt schnell auch diskutieren und Lösungen finden. Es geht nicht darum, dass man langfristige Ziele, die man hat, dann infrage stellt, das ist nicht das Thema.

Engels: Viele Agrarpflanzen werden derzeit auch zu Kraftstoffbeimischungen für Pkw verwendet. Sollte das kurzfristig zurückgefahren werden zugunsten von mehr Nahrungsmittelanbau?

Schulze: Sicherlich kann man über alles diskutieren, nur das hilft ja kurzfristig nicht. Das sind immer Wünsche, wo es dann am Ende des Tages heißt: wenn wir das sofort machen, haben wir das Problem gelöst. Das Problem lösen wir aber nicht. Wir haben ja jetzt schon die Situation, dass die Bauern schon 2022 nicht mehr alles anbauen können, was sie möchten. Deswegen sage ich auch, wir brauchen auch für 2023 aus Brüssel relativ schnell eine Lösung. Und all das andere, was meinerwegen auch diskutiert werden soll und was auch vielleicht von dem ein oder anderen Verband zu Recht angesprochen wird, das soll nicht infrage gestellt werden, nur wir müssen jetzt auf diese Situation kurzfristig reagieren. Deswegen meine Forderung und nicht nur meine, sondern auch die Forderung der Europäischen Union und vieler Vertreter von Verbänden auch auf Bundesebene: Lasst uns in diesem und im nächsten Jahr die Brachflächen nutzen zur Produktion von Lebensmitteln, um zum einen die Preise im Griff zu halten und zum anderen dafür zu sorgen, dass es nicht zu größeren Hungersnöten auf dieser Welt kommt.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.